

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Thomas Faist**

**Exit**

Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration  
im 21. Jahrhundert

2022. 400 S.

ISBN 978-3-406-78235-0

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/33245320>

© Verlag C.H.Beck oHG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

THOMAS FAIST

# EXIT

Warum Menschen aufbrechen  
Globale Migration im 21. Jahrhundert

C.H.BECK

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2022  
www.chbeck.de  
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg  
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen  
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen  
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)  
Printed in Germany  
ISBN 978 3 406 78235 0



klimateutral produziert  
www.chbeck.de/nachhaltig

## **Inhalt**

Danksagung .....	7
Einführung: Exit – Migration und soziale Ungleichheiten .....	9

### **Teil I – Globale Migration in theoretischer und historischer Perspektive**

Soziale Ungleichheiten als Ursache und Folge von Exit .....	43
Vom Widerspruch zum Exit? Migration und Wohlfahrtsstaat .....	84
Zur Kopplung von Migration und Entwicklung: Der nationale Entwicklungsstaat .....	128
Die Regulierung von Migration und sozialen Rechten: Globale und europäische Perspektiven .....	157

### **Teil II – Zur Politik der sozialen Frage**

Emigration: Entwicklungsparadox und nationales Paradox .....	197
Immigration: Wohlfahrtsparadox und Rechtsstaatsparadox .....	234

### Teil III – Gegenwärtige Herausforderungen

Klimawandel:

Hoffnung auf Adaptation durch Migration ..... 275

Thesen zu Migration:

Nicht Problem, sondern Lösung ..... 303

Anmerkungen ..... 333

Abkürzungsverzeichnis ..... 391

Register ..... 392

## Danksagung

Etliche der in diesem Buch entwickelten Gedanken gehen auf Seminare zurück, die ich in den 1980er-Jahren bei Ira Katznelson, Elizabeth Sanders, Charles Tilly und Aristide Zolberg an The Graduate Faculty der New School for Social Research besuchte. Dies gilt insbesondere für den Grundgedanken, dass Geburts- und Wohnort die Lebenschancen eines Menschen in hohem Maße mitbestimmen. Ganz wesentlich beruhen die Grundlagen dieses Buchs auf meiner Studie *The Transnationalized Social Question: Migration and the Politics of Social Inequalities in the Twenty-First Century* (Oxford University Press, 2019). Der vorliegende Text greift auf die dort präsentierten Ideen zurück und entwickelt diese weiter.

Aktuelle Entwicklungen, die sich aus der Lage in der Ukraine ergeben, konnte ich nicht berücksichtigen, da sie parallel zur Drucklegung stattfanden.

Ich danke herzlich Matthias Hansl und Claire Zander für das Lektorat. Annette Wolf und Astrid Dinter verbesserten die Lesbarkeit des Textes. Franka Büssing half mit Recherchen, Pauline Höchter und Daniel Senkiw mit dem Register. Ihnen allen sei gedankt.

Bielefeld, im April 2022

Thomas Faist

## **Einführung: Exit – Migration und soziale Ungleichheiten**

### **Migration, Ungleichheiten und die soziale Frage**

Die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen und die Aussicht, Verfolgung und Gewalt zu entkommen, gehören zu den wesentlichen Motiven grenzüberschreitender Migration und Flucht. Diese Treiber der Migration bilden grundlegende Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen den Herkunfts- und den Zielregionen ab. Migration ist eine von mehreren Möglichkeiten, auf die relativ dauerhafte ungleiche Verteilung von wichtigen materiellen Ressourcen wie Einkommen und symbolischen Ressourcen wie sozialer Status zu reagieren. Prinzipiell gibt es drei Antworten auf sich verschlechternde Bedingungen in Gruppen, Organisationen und Staaten: Abwanderung (*Exit*) sowie politischer Widerspruch (*Voice*) oder Loyalität (*Loyalty*) zur jeweiligen Organisation, Gruppe oder zum betreffenden Staat. Je geringer Loyalität und damit ein Zugehörigkeitsgefühl ausgeprägt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für Abwanderung und desto geringer die Chance auf Widerspruch.<sup>1</sup>

Exit und Voice müssen im Zusammenhang mit vier Handlungsoptionen auf kollektiver und individueller Ebene gesehen werden, die bei Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen zur Verfügung stehen. Auf kollektiver Ebene kann sich Widerspruch erstens im Streben nach politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum äußern und zweitens in der Umverteilung von materiellen Ressourcen wie Einkommen und Vermögen oder symbolischen Ressourcen wie Anerkennung und Status forcieren. Die Umsetzung beider Optionen benötigt allerdings viel Zeit und massiven sozialen Wandel. Auf individueller Ebene können Menschen als eine dritte Option in ihre Aus- bzw. Weiterbildung oder sonstige Formen der Anpassung vor Ort investieren oder viertens die Option Exit wählen. Exit ist diejenige Option, die für Einzelne und

kleinere Gruppen in vielen Fällen am schnellsten umsetzbar ist und bei Verfolgung den Schutz von Leib und Leben verspricht.<sup>2</sup>

Exit und Voice als grundlegende Antworten auf wahrgenommene Verschlechterung von Lebensbedingungen bzw. bessere Verhältnisse andernorts stehen seit Langem im Mittelpunkt von Analysen zu sozialen Ungleichheiten. Zum einen haben Schriften in der Tradition von Karl Marx bis heute immer wieder Gruppen ausgemacht, die in Zeiten des sozialen Wandels oder gar der Transformation einer sozialen Ordnung als Träger von politischem Widerspruch agieren sollen. Diese Denktradition eröffneten Marx und Engels mit dem vielzitierten Beginn des *Kommunistischen Manifests*, einer kurzen Analyse der sozio-ökonomischen Entwicklung im 19. Jahrhundert: «Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.»<sup>3</sup> Damit verwiesen sie auf die Klassenbasis der Politik sozialer Ungleichheiten zur Mitte des 19. Jahrhunderts und die damit aufgeworfene «soziale Frage». In Anlehnung an diese Aussage konstatierten 150 Jahre später der Literaturwissenschaftler Michael Hardt und der politische Philosoph Antonio Negri: «Während der gesamten Geschichte der Moderne haben die Mobilität und die Migration der Arbeitskräfte die Disziplinierungen, denen die Arbeiter unterworfen waren, gesprengt (...). Ein Gespenst geht um in der Welt, und sein Name ist Migration.»<sup>4</sup> Die Autoren sehen in Migration eine Form des spontanen Widerstands und damit einen politisch relevanten Widerspruch zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. In dieser Sicht ist Exit eine politische Antwort auf Probleme sozialer Ordnung und die Verbesserung von Lebensbedingungen. Auch heute ist die globale Arbeiterschaft größer als je zuvor, und sie wächst vor allem in Regionen, die als «Entwicklungsländer» oder «globaler Süden» bezeichnet werden, also in Staaten außerhalb Europas und Nordamerikas. Allein von 1980 bis 2005 hat sich die Arbeiterschaft in Subsahara-Afrika und Lateinamerika verdoppelt.<sup>5</sup>

Es existiert aber auch die gegenteilige Ansicht: Exit führe nicht zu Voice und habe Widerspruch als dominante Antwort auf vielfältige Ungleichheiten abgelöst. In dieser Perspektive leben wir in einer Welt, die weit von den Verhältnissen entfernt ist, die Karl Marx im 19. Jahrhundert beobachtete. Ein prominenter Vertreter dieser Denkrichtung ist der

Ökonom Branko Milanović. Er wendet ein Modell an, das zwei Merkmale von Verschiedenheit zwischen Individuen berücksichtigt, nämlich Klasse und Staatsangehörigkeit. Wenn man die globale Einkommensverteilung betrachtet, so war um 1820 die Klassenposition – verstanden im Marx'schen Sinne als Zugehörigkeit entweder zum Proletariat oder zur Bourgeoisie – der wichtigste Bestimmungsfaktor für das Einkommen von Individuen. Dabei trug die Klassenzugehörigkeit etwa 50 Prozent zur Stellung in der globalen Einkommenshierarchie bei, während der Wohnsitz bzw. die Staatsangehörigkeit nur ca. 20 Prozent ausmachten. Im Jahr 2000 hatte sich dieses Verhältnis fast umgekehrt. Heutzutage macht demnach der Staat, in dem eine Person lebt, um die 50 Prozent aus, während Klasse nur etwa 20 Prozent zum Unterschied beiträgt.<sup>6</sup> Grenzüberschreitende Migration ist demnach eine folgerichtige Antwort, um bessere Lebensbedingungen zu erzielen. Obwohl diese Befunde aufgrund der mangelhaften Daten in vielen Teilen der Welt mit größter Vorsicht zu interpretieren sind, erscheint die Umkehrung der Bedeutung von Klasse und Staatsangehörigkeit bzw. Wohnort und damit eine gesteigerte Relevanz von Migration auf den ersten Blick plausibel. Dies ist auch auf dem Hintergrund populärer Interpretationen zu sehen, die von einem «Zeitalter der Migration», von «Welten in Bewegung» und von «Welten der Mobilität» sprechen.<sup>7</sup> Eine globale Betrachtung von sozialen Ungleichheiten, in diesem Falle Einkommensungleichheiten, ist auch deshalb von Bedeutung, weil diese Unterschiede auf globaler Ebene sogar noch viel höher sind als in Nationalstaaten mit sehr ungleichen Einkommensverteilungen wie den USA oder Brasilien. Der Gini-Koeffizient, ein gebräuchlicher Maßstab zur Messung von Einkommensungleichheiten, lag in den USA im Jahre 2007 bei 41,<sup>8</sup> während er weltweit im Jahre 2008 etwa 71 betrug.<sup>9</sup>

Sicherlich kann nicht von einer einfachen Entwicklung von Voice hin zu Exit gesprochen werden. Denn schon auf den ersten Blick ist offensichtlich, dass Exit in manchen Fällen Widerspruch aus dem Exil bzw. aus einer Diaspora heraus überhaupt erst ermöglicht. Anhaltspunkte dafür bieten etwa nationsbildende Projekte wie die kurdischer oder tamilischer Organisationen.

Die Verknüpfung von Exit und politischem Widerspruch wird insbesondere in der sozialen Frage sichtbar, also der Politik, die soziale Ungleichheiten betrifft. Die soziale Frage berührt die für die betroffenen Menschen nicht akzeptablen Situationen menschlichen Leidens und Lebensverhältnissen, die auf soziale Ungleichheiten zurückzuführen sind. Migration ist ein Feld, in dem die soziale Frage deutlich hervortritt. Zwei Beispiele unter vielen verweisen darauf, dass Exit einmal ein Ausgangspunkt für Voice unter Migrant:innen selbst sein kann und zum anderen Exit zu gesellschaftlichen Konflikten um Emigration und Immigration führt.

Erstens engagieren sich manche Migrant:innen und Flüchtlinge in Organisationen, die sich um Belange in ihren Herkunftsländern kümmern. Eine weit verbreitete Praxis zielt darauf, finanzielle Rücküberweisungen für Infrastrukturprojekte in ihren (ehemaligen) Heimatorten zu organisieren, von Schulen und Gesundheitseinrichtungen bis hin zur Wasserversorgung.<sup>10</sup> Auch die immer weiter um sich greifenden Versuche von Herkunftsstaaten, Emigrant:innen das Wahlrecht aus dem Ausland heraus zu gewähren,<sup>11</sup> doppelte Staatsangehörigkeit zu tolerieren oder über Investitionsanreize für Emigrant:innen im Ausland deren Loyalität zu erneuern, weisen in diese Richtung.<sup>12</sup>

Zweitens erheben in den Herkunftsländern nicht nur Migrant:innen selbst, sondern auch andere Gruppen und Organisationen ihre Stimme, um etwa die Emigration von Hochqualifizierten zu verhindern bzw. zumindest eine Entschädigung dafür zu erlangen. Dafür steht die seit den 1960er-Jahren andauernde Debatte um die Abwanderung von Hochqualifizierten (*brain drain*) in den Herkunftsländern.<sup>13</sup> Und in den Zielländern haben sich in den letzten Jahrzehnten die Debatten um offene oder geschlossene Grenzen intensiviert und durch rechtspopulistische Tendenzen weiter politisiert.<sup>14</sup> Entzündet haben sich derartige Konflikte in neuester Zeit etwa an der humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, so in Europa verstärkt im Rahmen der «Flüchtlingskrise» ab 2015. Dabei wird deutlich, dass neben der sozialen Position entlang von Klasse auch Verschiedenheiten wie ethnische Zugehörigkeitsgefühle, Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften oder Rechtsstatus eine Rolle für die Akzeptanz von Migration und wachsender kultureller

Vielfalt spielen. Im Lichte dieser Beobachtungen lässt sich durchaus von der sozialen als einer sozio-kulturellen Frage sprechen.

In politischen Debatten zur Migration wird dabei immer seltener von Klasse und umso öfter von kulturellen Merkmalen gesprochen, wie die Charakterisierung von Migrant:innen in der Folge von Arbeitsmigration in den 1960er-Jahren in Deutschland zeigt. Noch in den 1960er- und 1970er-Jahren wurden die Migrant:innen vorwiegend als Arbeiter:innen bezeichnet, was auf ihre soziale Position als Angehörige des Proletariats verwies. Der Fokus auf Klasse änderte sich mit ihrer Niederlassung jedoch allmählich, bis in den 1980er-Jahren vor allem Kategorien wie Ethnizität und Nationalität dominierten. Bezeichnungen wie «die Türken» oder «die Marokkaner» verwiesen auf Nationalität als entscheidendes Differenzmerkmal. Mit der radikal veränderten geopolitischen Lage nach der iranischen Revolution und nach dem Ende des Kalten Krieges geriet dann Religionszugehörigkeit immer mehr in den Mittelpunkt der Debatten um Merkmale von Migrant:innen. Vielfach konzentriert sich die Öffentlichkeit seitdem auf Kategorien wie Muslime als Personen und den Islam als Institution. Dabei waren und sind die Merkmale Klasse, Nation und Religion häufig nicht nur Fremdbeschreibungen, sondern auch Selbstbeschreibungen seitens organisierter Migrant:innen.<sup>15</sup> Ein weiteres Beispiel für Verschiebungen in den Kontroversen um Exit ist die Renaissance des Konzepts «Diaspora», das seit einigen Jahrzehnten nicht mehr nur für Religionsgruppen genutzt wird, die eine Minderheit in ihrem Siedlungsgebiet bilden, sondern vor allem außerhalb ihres Herkunftslandes lebende ethnische und nationale Gruppen beschreibt. Gerade in der Entwicklungskooperation tätige Organisationen sprechen von Diaspora in Form des Zusammenschlusses von Emigrant:innen als Brücke zwischen Herkunfts- und Zielländern.<sup>16</sup>

Exit, Voice und soziale Ungleichheiten sind somit über den ganzen Migrationsprozess hinweg aufeinander bezogen. Ein dem 21. Jahrhundert angemessenes Verständnis von Migration rückt somit soziale Ungleichheiten zwischen Regionen, Staaten, Gruppen und Menschen und deren Konsequenzen ins Zentrum. Soziale Ungleichheiten beziehen sich dabei auf vielfältige Differenzen, so etwa auf klassen- bzw. schichten-

spezifische Merkmale wie Einkommen und Vermögen, Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit, aber auch auf sozialen Status wie soziale Anerkennung und ganz grundlegend die Achtung von Menschenrechten und der Menschenwürde.

Die gegenwärtigen sozialen, d. h. wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ungleichheiten zwischen Herkunftsländern im globalen Süden und Zielländern im globalen Norden erinnern an die sozialen Verwerfungen und die demographischen Entwicklungen, die in weiten Teilen Europas während des 19. Jahrhunderts vorherrschten. Damals galt die soziale Frage als das zentrale Thema fortlaufender politischer Konflikte zwischen den herrschenden Klassen und den Arbeiterbewegungen. Seit dem späten 19. Jahrhundert begannen sozialstaatliche Regulierungen in den Industrieländern, die soziale Frage zu bearbeiten. Indem die sich herausbildenden Wohlfahrtsstaaten materielle Risiken absicherten und Ressourcen umverteilten, mündeten sie langfristig in einem Klassenkompromiss. Kollektive und öffentliche Maßnahmen sichern seitdem in vielen europäischen Ländern, wenn auch nicht unbedingt immer umfassend, gegen Risiken wie Unfall, Krankheit, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit ab. Im Unterschied zum globalen Norden stand in den Ländern des globalen Südens seit den 1950er- und 1960er-Jahren «Entwicklung» im Zentrum: Die vielfach gerade aus direkter kolonialer Herrschaft entlassenen Staaten zielten auf vermehrten Wohlstand und politische Stabilität durch wirtschaftliche Entwicklung. Somit bildete der Entwicklungsstaat im Hinblick auf Erwartungen für Fortschritt, Wirtschaftswachstum und Sicherung eine Entsprechung zum Sozialstaat bzw. Wohlfahrtsstaat.

Herkunfts- und Zielländer von Migration sind vielfach miteinander über Grenzen hinweg verflochten, d. h. es bestehen transnationale Bindungen. Die grenzübergreifenden Lebenswelten vieler Migrant:innen legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Neben Rücküberweisungen, Reisen und politischer Teilhabe sind auch Familien manchmal über mehrere Staaten hinweg verteilt.<sup>17</sup> Transnationalisierung meint dabei nicht, dass der Nationalstaat durch nicht-staatliche oder globale Akteure ersetzt wird. Vielmehr geht es um die Durchdringung des sozialen Lebens durch grenzübergreifende Beziehungen zwischen Personen und Organi-

sationen. Wenn es sich dabei um weltweite Beziehungen handelt, wird hier von Globalisierung gesprochen.

Beim Konflikt zwischen globalem Süden und globalem Norden handelt es sich in zweierlei Hinsicht um eine transnationalisierte Frage. Erstens ist es eine grenzübergreifende und in Teilen weltweite soziale Frage. Im Hinblick auf Kommunikation, Transport und Produktion ist die heutige Gesellschaft eine globale Gesellschaft bzw. eine Weltgesellschaft.<sup>18</sup> Die Probleme, auch in Bereichen wie Migration, sind zwar grenzübergreifend, die Bearbeitung aber findet häufig nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler oder lokaler Ebene und zwischen Staaten etwa durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Organisationen von Migrant:innen statt. Politische Entscheidungen und verbindliche rechtliche Regulierungen sind zumeist nationalstaatlich eingetragene Prozesse. Insbesondere Nationalstaaten fungieren sowohl in der Sozialpolitik als auch in der Migrationspolitik als relativ autonome Einheiten, auch wenn sie teilweise staatliche Autorität an supranationale Institutionen delegieren, so etwa im Hinblick auf intra-europäische Migration an die Europäische Union (EU) oder in Westafrika an die Westafrikanische Wirtschaftsunion (ECOWAS). Staaten verpflichten sich zudem in ausgewählten Politikbereichen durch die Ratifizierung von Konventionen zur Einhaltung bestimmter Normen, so etwa im Politikfeld Flucht und Asyl in Form der *Genfer Flüchtlingskonvention*. Zweitens ist die soziale Frage dadurch transnationalisiert, dass Migrant:innen und ihre Organisationen aktiv über Grenzen hinweg engagiert sind, etwa finanzielle Rücküberweisungen, die Armut lindern können oder Ausgaben für Bildung und Gesundheit abdecken.<sup>19</sup>

Der Fokus auf grenzübergreifende Migration verdeutlicht, wie eine durch Ungleichheiten charakterisierte soziale Ordnung die Lebensbedingungen und politischen Konflikte der heutigen Welt prägt. Im Folgenden wird die Perspektive dieses Buchs in drei Schritten entwickelt. Zuerst steht Exit, also das transnationale Migrationsgeschehen im Kontext der Verschiedenheit von Gruppen, Staaten und Regionen im Mittelpunkt. Danach geht es zweitens um den Zusammenhang von (kultureller) Verschiedenheit und sozialen Ungleichheiten. Der dritte Teil erläutert die transnationalisierte soziale Frage, d. h. ein Zustand, in dem

soziale Ungleichheiten rund um Migration von politischen Konflikten begleitet werden.

### **Von Migration zu Verschiedenheit**

«Grenzüberschreitende Migration» bezeichnet die Bewegung von Menschen aus ihrem Herkunftsland in andere Staaten. Dabei ist «Migration» nur eine Form von Mobilität, die darüber hinaus sämtliche Formen der räumlichen Bewegung umfasst, angefangen von Alltagsmobilität über Tourismus bis hin zu Saisonarbeit. Migration meint Wanderungen, die über kurzfristige Ortswechsel hinausgehen und eine Niederlassung an einem anderen als dem Ursprungsort einschließen.

Migration über Grenzen hinweg kann zu Formen der Niederlassung außerhalb des ursprünglichen Wohnlandes, aber auch zu Weiterwanderung bzw. Rückkehr führen. Der Begriff «transnationale» oder «internationale:r Migrant:in» bezieht sich hier auf Personen, die sich in anderen Staaten als dem Herkunftsland niederlassen, und «interne Migrant:innen» auf Menschen, die innerhalb eines Staates administrative Grenzen überschreiten und einen längerfristigen Ortswechsel vollziehen. Die Begriffe «Emigrant:in» und «Immigrant:in» wiederum finden auf den Auswanderungs- bzw. Einwanderungskontext Anwendung. Wenn nicht anders gekennzeichnet, wird hier «Migrant:in» für grenzüberschreitende Wanderung benutzt. Unter transnationaler bzw. internationaler Migrant:in wird gewöhnlich laut Definition der Vereinten Nationen (UN) eine Person verstanden, die länger als ein Jahr in einem anderen Land als dem Herkunftsland verweilt.<sup>20</sup> Es geht also um einen länderübergreifenden Ortswechsel über einen signifikanten Zeitraum hinweg. Während es in öffentlichen und teilweise in akademischen Diskussionen gebräuchlich ist, zwischen «Arbeitsmigrant:innen» und «Flüchtlingen» zu unterscheiden, wird hier zumeist der Oberbegriff Migrant:in benutzt und im jeweiligen Kontext spezifiziert. Geflüchtete sind immer auch Migrant:innen, wenn auch eine spezielle Kategorie.

Es gibt keine allgemein verbindliche Definition des Begriffs Migrant:in. Hier wird der Begriff Migrant:in auf ganz verschiedene Typen

angewandt, bspw. niedergelassene Immigrant:innen; Personen, die erzwungen migrieren, darunter Geflüchtete und Asylbewerber:innen bzw. Flüchtlinge; solche, die aus Ermangelung an beruflichen Perspektiven ihre Wohnorte verlassen; Menschen, die im Rahmen von Heirat oder Familienzusammenführung wandern; Menschen, die aufgrund sich verschlechternder ökologischer und ökonomischer Bedingungen abwandern; oder auch Personen, für die Transitländer nach einer gewissen Zeit keine Durchgangsstation mehr darstellen und sich dann dort niederlassen, so etwa Migrant:innen aus sub-saharischen Ländern in Nordafrika. Solche Kategorien sind indes nicht unveränderlich: Beispielsweise betreten Menschen ein anderes Land als Tourist:in bzw. Besucher:in, verlängern dann aber ihren Aufenthalt, indem sie anfangen, dort zu arbeiten oder zu studieren. Umgekehrt kehren Personen, die vorhatten, sich in einem anderen Land niederzulassen, teilweise nach kurzer Zeit wieder in ihr Herkunftsland zurück. Und Migrant:innen, die innerhalb von Staaten wandern, migrieren in einem zweiten Schritt manchmal über Staatsgrenzen hinweg.

Etliche dieser Beobachtungen werden unter dem Begriff «*mixed migration*» gefasst. Er bezieht sich auf gemischte Gruppen von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, die zusammen wandern; Personen, die im Migrationsprozess ihren rechtlichen Status wechseln; oder auch Geflüchtete, die im nahen Ausland zuerst Sicherheit vor Verfolgung suchen, um dann in andere Länder weiterzuwandern, die mehr Schutz bieten.<sup>21</sup> Die Idee gemischter Migration basiert auf der Einsicht, dass es mehrere Motive für Migration geben kann und diese sich während des Migrationsprozesses oft auch ändern. Im Hinblick auf Geflüchtete müssen diese Motive häufig vor dem Hintergrund bewaffneter Konflikte gesehen werden, die teilweise – wie etwa in Syrien – mit Umweltzerstörung einhergehen.<sup>22</sup> Auch mögen etwa Migrant:innen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea oder Somalia in ein Nachbarland wandern, um ihr Leben zu retten. Sind sie dort erst einmal in Sicherheit, können sich Pläne zur Weiterwanderung entwickeln, um bspw. den Kindern Zukunftsaussichten in einem europäischen Land zu eröffnen. Dabei spielen Migrationspolitiken eine große Rolle, die Regelungen für Arbeitserlaubnisse oder Asylgewährung verändern und ein- oder aussetzen. Ganze «Migrations-

Jahr Region	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020
Welt	75,5	81,3	99,3	153,0	173,2	221,0	280,6
Entwickelte Regionen	32,3	38,4	47,5	82,8	104,0	130,6	157,3
Weniger ent- wickelte Regionen	43,1	43,0	51,8	59,2	59,2	80,0	107,2
Am wenigsten ent- wickelte Regionen	6,4	7,2	9,1	11,1	10,1	10,4	16,2

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat (2020).<sup>26</sup>

*Tabelle 1.1: Globale Migration (stocks), 1960–2020<sup>25</sup>  
(in Millionen)*

industrien» organisieren die damit verbundenen Wanderungsverläufe. Schmuggel- und Schleppernetzwerke oder verbesserte Kommunikations- und Transportkanäle beeinflussen dabei die Aspirationen von Migrant:innen und deren Umsetzung.<sup>23</sup>

Im Jahre 2020 waren etwa 280 Mio. Menschen weltweit über Staatsgrenzen hinweg migriert (Tabelle 1.1).<sup>24</sup> Der Anteil von Migrant:innen an der Weltbevölkerung stieg somit von 2,5 Prozent im Jahre 1960 auf 3,6 Prozent (Tabelle 1.2). In diesem Zeitraum von fast 60 Jahren nahm die Weltbevölkerung von 5,32 Mrd. auf 7,71 Mrd. zu, d. h. die absoluten Anteile von Migrant:innen an der Gesamtbevölkerung wuchsen stark an; von 75,5 Mio. auf über 280 Mio. Menschen. Dabei stieg der Anteil von transnationalen Migrant:innen an der Gesamtbevölkerung im globalen Norden in den vergangenen Jahrzehnten an. Er erhöhte sich bspw. in den OECD-Ländern von 1960 bis 2020 von 3,4 auf 12,4 Prozent.

Wenn sich der Blick von den Bevölkerungsanteilen von Migrant:innen in den einzelnen Ländern und Regionen (*stocks*) zu Bewegungen von Migrant:innen zwischen den Ländern und Regionen der Welt richtet (*flows*), dann ergeben sich weitere aufschlussreiche Einblicke. Transnationale Migration verläuft sowohl zwischen als auch innerhalb des globalen Südens und des globalen Nordens. Entlang der Kategorisierung der Weltbank von Staaten entsprechend ihres durchschnittlichen

Jahr Region	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020
Welt	2,5	2,2	2,2	2,9	2,8	3,2	3,6
Entwickelte Regionen	3,4	3,6	4,2	7,2	8,7	10,6	12,4
Weniger ent- wickelte Regionen	2,1	1,6	1,6	1,6	1,4	1,6	2,0
Am wenigsten ent- wickelte Regionen	2,6	2,3	2,3	2,2	1,5	1,2	1,5

Quelle: Daten der Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat (2020).<sup>27</sup>

*Tabelle 1.2: Globale Migration (stocks), 1960–2020  
(in Prozent der Bevölkerung)*

Pro-Kopf-Einkommens in «entwickelte Länder» (*developed*), «andere mit hohem Einkommen» (*other high income*, z. B. Golf-Staaten) und «Entwicklungsländer» (*developing*) ergibt sich folgendes Bild: Weltweit sind die Anteile von Migration zwischen Entwicklungsländern (34 Prozent) und von Entwicklungsländern in entwickelte Länder (32 Prozent) ungefähr gleich hoch. Allerdings muss dabei auch Migration aus Entwicklungsländern in andere Staaten mit hohem Einkommen, z. B. in die Golf-Staaten des Mittleren Ostens, berücksichtigt werden (14 Prozent). Um etliches geringer ist der Anteil des globalen Migrationsvolumens zwischen den entwickelten Ländern (16 Prozent) und von den entwickelten in Entwicklungsländer (4 Prozent).<sup>28</sup> In öffentlichen Debatten und politischen Konflikten im globalen Norden ist die Süd-Nord-Richtung besonders präsent, also von Entwicklungsländern in entwickelte Länder bzw. andere Länder mit hohem Einkommen.

Die Quote an grenzübergreifender Migration hat sich in der letzten Zeit bis Mitte der 2010er-Jahre kaum verändert.<sup>29</sup> In Fünf-Jahres-Schritten gemessen weisen bilateral geordnete Daten, d. h. zwischen jeweils zwei Staaten, darauf hin, dass seit 1990 jeweils etwa 1,1 bis 1,3 Prozent der Weltbevölkerung über Grenzen hinweg mobilisiert wurde.<sup>30</sup> Dieser Anteil ist relativ stabil geblieben. Global gesehen ist also weiterhin nicht grenzüberschreitende Migration, sondern relative

Immobilität der Regelfall; also Immobilität oder Migration innerhalb des Wohnlandes. Und Europa bildet dabei gar nicht den Fluchtpunkt grenzübergreifender Mobilität: Die größten grenzüberschreitenden Bewegungen gab es zwischen Südasien und Westasien, insbesondere aus Süd(ost)asien in die Staaten am Persischen Golf, von Lateinamerika nach Nordamerika und innerhalb Afrikas.<sup>31</sup> Fluchtmigration innerhalb von Europa hat seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine (2022) einen Umfang angenommen, der in der jüngeren Vergangenheit noch am ehesten mit Flucht und Vertreibung direkt nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar ist.

Migration ist klar geschlechtlich strukturiert: Während die Migrationsquote bei Frauen genauso hoch ist wie bei Männern, schlagen sich Veränderungen zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf Bildungsabschlüsse geographisch nieder: Seit 1990 migrieren mehr hochqualifizierte Frauen als Männer aus den Entwicklungsländern in entwickelte Länder und andere Länder mit hohem Einkommen. Inzwischen wandern auch immer mehr Frauen, selbständig oder als Haushaltsvorstände. Damit hängt zusammen, dass Frauen in der Regel in Länder mit weniger diskriminierenden sozialen Institutionen migrieren, in denen sie damit auch gleichzeitig die besten wirtschaftlichen Möglichkeiten auffinden.<sup>32</sup> Dies ist ein Hinweis darauf, dass drei Merkmale der Verschiedenheit, hier also Rechtsstatus, Geschlecht und Bildungsstand, in Migrationsverläufen miteinander interagieren.

Dieses statistische Kurzporträt grenzüberschreitender Migration ist allerdings aus drei Gründen noch unzureichend. Denn erstens deckt die Definition der UN die grenzüberschreitende Mobilität nicht ab, die weniger als ein Jahr dauert. Darunter fallen etwa Saisonarbeiter:innen, die in der Regel nur einige Monate zur Erntezeit in einem anderen Land weilen und dann wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Zweitens erfasst die Definition der UN nicht die Rückkehrmigration von den ehemaligen Zielländern in die Herkunftsländer, häufig nach Abschluss des Berufslebens oder auch schon früher. Ungefähr ein Viertel bis ein Drittel aller Migrant:innen weltweit kehrt in das Herkunftsland zurück.<sup>33</sup> Drittens gibt es Kategorien von Mobilien, die viel länger als ein Jahr in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland leben, gewöhnlich

aber von offiziellen Stellen nicht als Migrant:innen kategorisiert werden. Darunter fallen etwa internationale Studierende – über 5 Millionen im Jahre 2020 – die in der Regel über mehrere Jahre im Studienland wohnen<sup>34</sup> und entsandte Arbeitnehmer:innen oder Führungskräfte in Unternehmen (*expatriates*); einmal ganz abgesehen von denjenigen, die über keine legale Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis verfügen.<sup>35</sup> Wenn ein weiter Begriff von Migration angelegt wird, der auch internationale Studierende oder entsandte Beschäftigte einschließt, so verwundert es nicht, dass in der EU der Anteil der EU-Bürger:innen, der in grenzübergreifende Mobilität involviert ist, weit über der globalen Quote von 3,6 Prozent liegt, nämlich bei etwa 11 Prozent.<sup>36</sup> Die Zahl der Länder, die sowohl signifikante Auswanderung als auch Einwanderung zu verzeichnen haben, ist zudem in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen.

#### *Migration als Kontinuum von freiwillig bis erzwungen*

Migration kann entlang eines Kontinuums von Freiheitsgraden gedacht werden – und zwar von freiwillig bis erzwungen. Bei «erzwungener Migration» (*forced migration*) sind es in der Regel die ärmeren, in der globalen Machthierarchie am unteren Ende angesiedelten und politisch instabileren Länder, in denen der Schutz ihrer Bürger:innen in Frage gestellt ist. Erzwungene Migration ist ein Oberbegriff, der alle Arten von Zwang einschließt, darunter physische Gewalt, Hungersnöte, wirtschaftliches Missmanagement und Korruption, Naturkatastrophen und Klimazerstörung. Als wichtige Untergruppe gelten Flüchtlinge<sup>37</sup> im Sinne der *Genfer Flüchtlingskonvention* (1951), die nur spezifische Verfolgungsgründe als legitimen Grund für Asylgewährung anerkennt, so etwa die Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen, sozialen oder ethnischen Gruppe.<sup>38</sup> Nicht durch die *Genfer Flüchtlingskonvention* geschützt sind Geflüchtete in Situationen generalisierter Gewalt, z. B. in Bürgerkriegen. Für diese bieten manche Zielländer einen nachrangigen Status, den sogenannten subsidiären Schutz. Dieser gilt in der Regel nur bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kampfhandlungen im Herkunftsland erloschen sind und bei Rückkehr keine Gefahr für Leib und Leben besteht.

Die Gesamtzahl von Geflüchteten erreichte im Jahre 2019 fast 80 Mio., die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Von diesen gewaltsam vertriebenen Personen waren etwa 26 Mio. Flüchtlinge im Sinne der *Genfer Flüchtlingskonvention*. 51 Mio. der Geflüchteten zählten als Binnenvertriebene. Dazu kamen noch 4,2 Mio. Asylbewerber:innen und in etwa mindestens ebenso viele staatenlose Personen. Unter den Geflüchteten befanden sich etwa 40 Prozent Kinder.<sup>39</sup> Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) aller Flüchtlinge stammten im Jahre 2018 aus fünf Ländern: Syrien (6,7 Mio.), Afghanistan (2,7 Mio.), Südsudan (2,3 Mio.), Myanmar (1,1 Mio.) und Somalia (0,9 Mio.).<sup>40</sup> Die fünf Länder mit den höchsten Zahlen an in den letzten Jahren entwurzelten Menschen aufgrund von gewaltsamen Konflikten sind wiederum als erstes Syrien (1,8 Mio.), die Demokratische Republik Kongo (1,7 Mio.), Äthiopien (1,1 Mio.), Burkina Faso (513 000) und Afghanistan (461 000). Unter den fünf Ländern mit den meisten neuen Binnenvertriebenen aufgrund von Katastrophen befinden sich Indien (5 Mio.), die Philippinen (4,1 Mio.), Bangladesch (4,1 Mio.), China (4 Mio.) und die USA (0,9 Mio.).<sup>41</sup> Mit dem Krieg gegen die Ukraine (2022) hat das Ausmaß an Flucht im Inneren des Landes und ins Ausland neue Höchststände erreicht.

Die meisten Geflüchteten verbleiben in den Herkunftsländern als Binnenvertriebene oder fliehen in die jeweiligen Nachbarländer. Dies bedeutet, dass 80 bis 90 Prozent aller Geflüchteten in den Ursprungsregionen verbleiben.<sup>42</sup> Häufig tritt Flucht im Rahmen von Nationalstaatsbildung auf (*state formation* und *nation-building*), wird aber auch durch Kriege zwischen Staaten, Bürgerkriege, Staatszerfall, gewaltsame staateninterne Konflikte mit Verfolgung bestimmter Gruppen und ökologischer Zerstörung geschürt. Die Verbreitung des europäischen Modells des Nationalstaats und die Instabilität von Staatsgewalt ist damit Teil des Kontextes sowohl staatsinterner als auch grenzüberschreitender Migration und Flucht. Es ist offensichtlich, dass die Ausbreitung des Nationalstaatsmodells oft einhergeht mit externer Intervention der ehemaligen Kolonialmächte in die neuen Staaten, die im Gefolge der Dekolonisierung zumeist ab Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Die Staaten, aus denen in den letzten Jahren die meisten Flüchtlinge her-

vorgingen, sind solche, in denen kein effektives staatliches Gewaltmonopol herrscht und externe Interventionen erfolgt sind. Laut *Global Peace Index* gehören dazu Länder wie Afghanistan, Südsudan, Eritrea, Syrien und Somalia.<sup>43</sup> Ungleichgewichte zwischen Staaten finden sich also nicht nur im Feld der Wirtschaft, die sich etwa in Einkommensungleichheiten widerspiegeln. Vielmehr ist auch das politische Feld davon geprägt.<sup>44</sup> Dies bedeutet, dass Staatsangehörigkeit und damit Rechtsstatus als Merkmal der Verschiedenheit sowohl für materielle Ungleichheiten als auch für körperliche Sicherheit eine wichtige Rolle spielt.

Der Behauptung immer stärker zunehmender globaler Massenmigration ist mit Vorsicht zu begegnen. Zumindest ist die These vom radikalen Exodus aus den Ursprungsländern fragwürdig. Einen solchen Exodus vermeint der Ökonom und Entwicklungsforscher Paul Collier mit Bezug auf Migration von Afrika nach Europa zu sehen.<sup>45</sup> Seiner These widerspricht allerdings die Beobachtung, dass Migration innerhalb Afrikas quantitativ höher als interkontinentale Migration aus Afrika heraus ist; ganz abgesehen davon, dass es seit Jahrzehnten viel kurzfristige und saisonale Mobilität über die Grenzen afrikanischer Länder hinweg gibt. Mobilität, auch über Staatsgrenzen hinweg, ist also Teil des Alltagslebens vieler Menschen. Für Migration in und aus Westafrika – in historischer Perspektive als eine der mobilsten Regionen in Afrika bekannt<sup>46</sup> – gilt bspw., dass mit Ausnahme von Kap Verde nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung westafrikanischer Staaten nach Europa und in andere OECD-Länder migriert.<sup>47</sup> Für diejenigen Afrikaner:innen, die nach Europa wandern, ist seit über einem Jahrzehnt neben Italien, Spanien, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Portugal inzwischen auch Deutschland eine wichtige Destination.<sup>48</sup> Diese Migrant:innen stammen in Westafrika etwa aus Nigeria, in Ostafrika insbesondere aus Somalia und Eritrea.<sup>49</sup> Migration aus Afrika heraus zielt auf ganz verschiedene Regionen, nicht nur nach Europa, sondern auch in die Golfstaaten, zunehmend nach China,<sup>50</sup> aber auch nach Süd- und nach Nordamerika; letzteres in Folge einer langen Geschichte, die vor Jahrhunderten mit dem Sklavenhandel begann und seitdem einen als «*Black Atlantic*»<sup>51</sup> bezeichneten transnationalen sozialen Raum bildet. Migration in Afrika und aus Afrika in andere Kontinente mag als

Beispiel dafür gelten, wie sehr ein Blick auf tatsächliche Wanderungsbewegungen hilft, dramatisierende und grob vereinfachende Thesen vom Exodus zurückzuweisen und Exit als differenzierten Prozess zu sehen.

Obwohl hier der Schwerpunkt auf grenzüberschreitender Migration liegt, sollte nicht übersehen werden, dass staateninterne Migration, darunter auch Fluchtbewegungen, transnationale Migration zahlenmäßig bei weitem übertrifft. Weltweit wurden 2017 etwa 750 Mio. interne Migrant:innen gezählt, darunter auch viele Vertriebene. Allein in China betrug im Jahre 2010 die Zahl der offiziell registrierten internen Migrant:innen weit über 150 Mio.<sup>52</sup> Auch in Indien ist interne Migration seit den 1990er-Jahren in die Höhe geschneit.<sup>53</sup>

### *Eine transnationale Perspektive auf Migration*

Schon an dieser Stelle wird deutlich, dass sich ein umfassendes Verständnis des Migrationsgeschehens und der damit verknüpften sozialen Ungleichheiten nicht primär in einer verengten Perspektive auf die Sozialintegration von Migrant:innen in Immigrationsländern erschöpfen kann. Darüber hinaus sind Nationalstaaten zwar entscheidende Akteure bei der Steuerung von Migration. Weiterhin gehören dazu aber auch Migrationsnetzwerke, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Religionsgemeinschaften, Unternehmen und Gewerkschaften und selbstverständlich Gruppen und Netzwerke von Migrant:innen. Nationalstaatliche Engführungen gilt es zu überwinden, weil Ursachen, Treiber und Anreize für Migration, ihre Regulierung, die Beziehungen von Migrant:innen und Prozesse sozialer Kommunikation häufig quer zu staatlichen Grenzen liegen.

Diese transnationale Perspektive ist vor dem Hintergrund eines Rätsels zu sehen: Das soziale Leben ist immer mehr geprägt von grenzübergreifendem Austausch und Verbindungen,<sup>54</sup> nicht zuletzt durch Migration und Handel, aber auch durch die Wahrnehmung von Problemen wie Umwelt- und Klimazerstörung als grenzübergreifende Prozesse. Jedoch ist die politische Regulierung immer noch eng an Nationalstaaten und internationale Organisationen gekoppelt; ergänzt durch supranationale Gebilde wie die Europäische Union (EU). Auf nationalstaatlicher Ebene ist ein wichtiger Regulator der Wohlfahrtsstaat<sup>55</sup> und des-

sen funktionale Entsprechung, der Entwicklungsstaat. In einem breiten Verständnis von transnational kann somit nationalstaatliche Politik zu Migration als transnationalisiert bezeichnet werden. Während nun soziale Lebenswirklichkeiten quer zu Ländergrenzen liegen, befindet sich die autoritative Regulierung dieser transnationalen Beziehungen in den Händen von Staaten und internationalen Organisationen. Eine grundlegende Beobachtung der transnationalen Lebenswelt ergibt, dass Migrant:innen ihre Kontakte in die Herkunftsländer und zu den dazugehörigen Gruppen wie Familien nicht automatisch abbrechen, wenn sie sich in anderen Ländern niederlassen. Vielmehr halten etliche von ihnen Bindungen zu Angehörigen in den Herkunfts-, Transit- und anderen Ländern der Weiterwanderung aufrecht, etablieren sogar manchmal neue. Einige Migrant:innen engagieren sich darüber hinaus zivilgesellschaftlich und politisch in ihren Herkunftsländern. Zu transnationalen Aktivitäten zählen z. B., regelmäßig oder sporadisch Geld an die Familie im Herkunftsort oder die Migrant:innen im Zielland zu überweisen, politische Vorgänge im Herkunftsland zu verfolgen oder zu Projekten in den Herkunftsorten beizutragen.<sup>56</sup> Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zu grenzübergreifenden Finanztransaktionen unter Migrant:innen in Deutschland untermauern diese Befunde. Die SOEP-Daten weisen darauf hin, dass – je nach Gruppe, Herkunftsland und Bildungsstand – ein Zehntel bis ein Drittel aller Migrant:innen als stark transnational definiert werden können, je nach den Referenzwerten für Regelmäßigkeit und Intensität von grenzübergreifenden Interaktionen wie Informationsflüssen, Überweisungen, Investitionen, dem Austausch von Ideen und Reisen.<sup>57</sup> Ein spezifisches Beispiel ist die soziale Sicherung in familiären Netzwerken durch Informationsflüsse, Pflege und Geldleistungen in Deutschland unter Migrant:innen aus Kasachstan, Polen und der Türkei.<sup>58</sup> So ist etwa die häusliche Pflege älterer oder kranker Angehöriger von Migrant:innen oft grenzübergreifend organisiert, nicht nur im Hinblick auf finanzielle Unterstützung, sondern auch auf die Versorgung vor Ort. Transnationale Bindungen können zurück in die Herkunftsregionen reichen, aber auch in andere Länder, in denen sich Angehörige niedergelassen haben. Ein Beispiel sind Migrant:innen aus der Türkei, die sich in Ländern wie Deutschland, Frank-

reich, Schweden und den Niederlanden niedergelassen haben und Verbindungen über diese Ländergrenzen hinweg aufrechterhalten.<sup>59</sup> Kurzum, es gilt die vielschichtigen und grenzübergreifenden Bindungen von Individuen, Gruppen und Organisationen und deren mitunter simultanes Engagement über die Grenzen von Staaten hinweg zu berücksichtigen.

Während transnational im weiteren Sinne als Oberbegriff für grenzübergreifende Interaktionen dient, so bezieht er sich im engeren Sinne vor allem auf nichtstaatliche Akteure wie Migrant:innen oder NGOs. Die durch Prozesse der Transnationalisierung entstandenen grenzübergreifenden sozialen Verdichtungsräume werden «transnationale soziale Räume» genannt. Transnationalität kann entlang eines Kontinuums grenzübergreifender Interaktionen verstanden werden, das von einer niedrigen bis zu einer hohen Dichte und Intensität reicht.<sup>60</sup>

### **Von Verschiedenheit zu sozialen Ungleichheiten**

Negative und abwertende Kategorisierungen von Merkmalen der Verschiedenheit wie etwa Geschlecht, Ethnizität, Religion oder Alter verschlechtern Lebensverhältnisse für die Betroffenen und erhöhen damit soziale Ungleichheiten. Damit hängen soziale Ungleichheiten entscheidend von der Bewertung von Verschiedenheit bzw. Heterogenitäten ab.<sup>61</sup> Der explizite Gebrauch des Konzepts «soziale Ungleichheit» für wissenschaftliche Analysen und in öffentlichen Debatten ist jüngeren Datums; auch wenn es als Thema seit Langem bekannt ist. Die Grundannahme lautet, dass soziale Ungleichheiten nicht in biologischen oder natürlichen Faktoren wurzeln, sondern sozial geschaffen werden. In den Sozialwissenschaften wurde soziale Ungleichheit seit den 1970er-Jahren zu einem stehenden Begriff. Hier wird das Konzept im Plural verwendet, da es über ökonomische Dimensionen wie Einkommen oder Vermögen hinausgeht und Ungleichheiten auch in der politischen und kulturellen Sphäre erfasst. Soziale Ungleichheiten beziehen sich auf die ungleiche Verteilung von Kosten und Gewinn in Bezug auf begehrte Güter in und zwischen sozialen Einheiten wie Individuen, Gruppen, Or-

ganisationen und Staaten.<sup>62</sup> Im Wesentlichen können soziale Ungleichheiten als Verteilungsmuster verstanden werden, bei dem einige Akteur:innen aufgrund ihrer sozialen Position häufiger als andere wertvolle soziale und materielle Güter aus unterschiedlichsten Bereichen erhalten. Dazu gehören in der Wirtschaft z.B. Produktionsmittel, Einkommen, Land, Arbeitskraft; in der Politik z.B. fiskalische Befugnisse, Kontrolle von Wanderungen, Regierungsmacht; in der Kultur z.B. Lebensstil, Status; in sozialen Gemeinschaften z.B. der Zugang zu sozialen Netzwerken, Prestige, Reputation; und im Rechtswesen z.B. Pflichten und Rechte, Rechtsstatus von Ausländer:innen und Bürgerschaft. Soziale Ungleichheiten, die aus Kategorisierungen von Verschiedenheiten entstehen, wie etwa Einkommens- und Vermögensunterschiede<sup>63</sup> entlang von Geschlechtergrenzen oder ethnischen Grenzen, resultieren in ungleichen Erträgen, deren Verteilung häufig über Jahre, Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte relativ stabil sind, damit also «dauerhafte Ungleichheiten»<sup>64</sup> darstellen.

#### *Ein Beispiel für Ungleichheiten: Einkommen*

Globale Einkommensungleichheiten zwischen Menschen sind heute noch größer als im 19. Jahrhundert. «Globale Einkommensungleichheit» ist ein Konzept, das die Summe der Unterschiede des durchschnittlichen persönlichen Einkommens zwischen den Staaten und die Summe der Ungleichheiten der Einkommen innerhalb der Staaten berücksichtigt.<sup>65</sup> Als Karl Marx und Friedrich Engels *Das Kommunistische Manifest* (1848) verfassten, war die wirtschaftliche Situation der Arbeiter(klasse) auf der Welt im Vergleich zu heute egalitärer. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter:innen verfügte im Marx'schen Sinne nur über ihre Arbeitskraft, nicht aber über die Produktionsmittel. Sie lebte unter dem Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes. In Europa und Nordamerika verdienten Arbeiter:innen seinerzeit etwa das Doppelte im Vergleich zu solchen außerhalb dieser Regionen, es bestand also ein Verhältnis von ungefähr 2:1. Heute aber ist das Verhältnis schon 10:1, d. h. die Arbeiter:innen in den reichen Ländern der Welt haben ein Einkommen, das nun schon zehn Mal höher ist als das der Vergleichsgruppe in den ärmeren Ländern. Hinzu kommt, dass Ungleichheit der Einkom-

men zwischen den Ländern im 20. Jahrhundert durchgehend höher war als Ungleichheiten innerhalb von Nationalstaaten.<sup>66</sup>

Durch die wirtschaftlich aufstrebenden BRIC Länder – Brasilien, Russland, aber vor allem Indien und China – hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten die globale Einkommensungleichheit zwischen den Staaten etwas reduziert, während die Ungleichheiten innerhalb der meisten Länder auf der Welt zunahmen.<sup>67</sup> Obwohl es etliche Kontroversen über gegenläufige Trends in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, u. a. wegen der steigenden Einkommensniveaus in Ländern wie China und Indien und einer schnell wachsende Mittelklasse in diesen Staaten,<sup>68</sup> ist das Muster der ungleichen Verteilung von Einkommen im Weltmaßstab in den letzten beiden Jahrhunderten bemerkenswert stabil geblieben.<sup>69</sup>

#### *Ein weiteres Beispiel: Staatsbürgerschaft*

Auf einer Landkarte der globalen Einkommensungleichheit, welche die Position jedes Haushalts bzw. Individuums im Gesamtgefüge angibt, ist deren relative Position vor allem dadurch bestimmt, ob er oder sie in einem armen oder reichen Land lebt. Kurz gesagt, die Staatsangehörigkeit<sup>70</sup> eines Landes bzw. ein relativ sicherer rechtlicher Status wie Wohnbürgerschaft (*denizenship*) kann neben anderen Merkmalen der Verschiedenheit als ein wichtiger Hinweis für soziale Ungleichheiten gelten. Daraus resultiert die Bedeutung der Staatsangehörigkeit bzw. genauer gefasst des Wohnlandes für das jeweilige Einkommensniveau: «*Nearly all the differences in wages between individuals in rich and poor countries are explained by the location of the work, not their personal characteristics*».<sup>71</sup> Ort bzw. Staat und Mitgliedschaft ist in den letzten hundert Jahren immer wichtiger für die Lebensverhältnisse von Individuen und Gruppen geworden. Generell gilt, dass die Bedeutung des Merkmals legaler Status bzw. staatliche Mitgliedschaft im Vergleich zur Klassenzugehörigkeit in den letzten Jahrzehnten noch gestiegen ist. In Zeiten von Globalisierung und Transnationalisierung ist die volle Mitgliedschaft in einem Nationalstaat für die Mehrheit der Menschen wichtiger für ihre Lebensverhältnisse geworden. Damit ist die Bedeutung politisch-rechtlicher und damit auch kultureller Faktoren für Lebensbedingungen gestiegen.

Dabei ist Mitgliedschaft in Staaten nicht nur für ökonomische Ressourcen, sondern auch für den Zugang und die Verwirklichung von zivilen, politischen, sozialen und kulturellen Rechten zentral. Volle Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft differenziert kategorisch zwischen dem Einschluss (Inklusion) der Zugehörigen und dem Ausschluss (Exklusion) von Nicht-Zugehörigen. Diese Art des Zusammenhangs von Inklusion und Exklusion ermöglicht den Einheimischen bzw. Insidern aktive gesellschaftliche Teilhabe und schließt zugleich Nicht-Mitglieder aus – ein Prozess sozialer Schließung.<sup>72</sup> Allgemein bezieht sich soziale Schließung auf einen Prozess bzw. Mechanismus, bei dem soziale Gemeinschaften Vorteile zu optimieren suchen, indem sie den Zutritt zu Erfolgchancen, Ressourcen und Anerkennung auf einen begrenzten Kreis von Bevorzugten beschränken. Soziale Schließung vollzieht sich «indem feststellbare Merkmale eines Teils der (aktuell oder potenziell) Mitkonkurrierenden: Rasse, Sprache, Konfession, örtliche oder soziale Herkunft, Abstammung, Wohnsitz usw. von den anderen zum Anlass genommen wird, ihren Ausschluss vom Wettbewerb zu erstreben.»<sup>73</sup> Damit ist es ein sozialer Mechanismus bzw. Prozess, der bei der Genese und Aufrechterhaltung von Ungleichheiten entlang verschiedenster Merkmale Anwendung finden kann.

Prozesse sozialer Schließung beziehen sich über den Zutritt zum Territorium eines Staates hinaus auf die Rechte bei Niederlassung. In der Regel sind liberal-demokratische Immigrationsstaaten nicht nur Wettbewerbsstaaten, die «billige und willige» oder auch hochqualifizierte Arbeitskräfte anheuern, sondern auch Wohlfahrtsstaaten, in denen für gewöhnlich etliche soziale Rechte unter bestimmten Umständen auch für niedergelassene Nicht-Bürger:innen mit permanenter Aufenthaltserlaubnis zugänglich sind. Damit verfügen sie über eine Wohnbürgerschaft. Soziale Schließung kann sich über den Rechtsstatus hinaus auch in Feldern wie Arbeitsmarkt, Bildung, Religion und Kunst abspielen. Das Konzept «soziale Schließung» nach Max Weber geht über marxistische Klassenanalysen weit hinaus, indem auch Intra-Klassenkonflikte in den Blick geraten, also z. B. zwischen Beschäftigten, die Migrant:innen sind, und solchen, die schon etabliert sind.<sup>74</sup>

Die gewachsene Bedeutung von Staatsangehörigkeit und Wohnbür-

gerschaft für Lebensverhältnisse wird durch eine Art Migrationsschere noch erhöht. Diese Schere zwischen vielfältigen Anreizen und Treibern von Migration auf der einen und den Einschränkungen grenzübergreifender Migration auf der anderen Seite hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter geöffnet. In puncto Lebensverhältnisse herrschen große Unterschiede zwischen ökonomisch entwickelten Ländern und Entwicklungsländern. Einerseits sind dabei die globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten und die politischen Machtungleichheiten ähnlich hoch, wenn nicht höher als im 19. Jahrhundert, auch wenn sich die Mechanismen der politischen Herrschaft im Postkolonialismus verändert haben. Außerdem verbreiten sich über soziale Medien Bilder und Vorstellungen eines besseren Lebens über den ganzen Globus. Andererseits sind die Möglichkeiten erfolgreicher transnationaler Mobilität sehr limitiert. Die Hürden sind aufgrund restriktiver Migrationskontrollen sogar gestiegen. Genauer muss dabei von restriktiver Schließung gegenüber nicht nachgefragten und unerwünschten Migrant:innen einerseits und selektiver Öffnung für nachgefragte und erwünschte Personen andererseits gesprochen werden. Exit als eine der wichtigsten Optionen für die Verbesserung von Lebensverhältnissen ist damit zunehmend institutionell differenziert.

### *Verschränkte Verschiedenheit*

Bisher ging es vor allem um zwei Merkmale von Verschiedenheit, die für soziale Ungleichheiten eine Rolle spielen: ökonomische Ressourcen am Beispiel von Einkommen und legaler Status am Beispiel von Staatsangehörigkeit und Wohnbürgerschaft. Selbstverständlich gibt es noch weitere wichtige Differenzierungen zwischen Personen und Gruppen, z. B. Ethnizität, Geschlecht, Religion, Alter oder sexuelle Orientierung. Es gibt also eine Vielfalt an Verschiedenheiten, bei der schon jede für sich betrachtet ungleichheitsrelevant sein kann. So spielte bspw. das Merkmal Religion für Aspekte der Diskriminierung in Immigrationsstaaten in den letzten beiden Jahrhunderten immer wieder eine bedeutende Rolle. In den USA wurden zur Mitte des 19. Jahrhunderts Katholik:innen, häufig aus Irland und Deutschland, von migrationsfeindlichen politischen Strömungen als fünfte Kolonne eines autoritären

und nicht demokratisch legitimierten Papstes in Rom betrachtet.<sup>75</sup> Heutzutage finden sich ähnlich pauschalisierende Vorwürfe des Illiberalismus und der politisch-kulturellen Rückständigkeit gegenüber Muslimen und dem Islam in Europa.<sup>76</sup>

In letzter Konsequenz sind kulturbezogene Unterschiede zwischen Gruppen entlang von Merkmalen wie Religion oder Ethnizität im Rahmen von Süd-Nord Migration auch eine Folge der europäischen und später auch der nordamerikanischen Dominanz der Welt durch Kolonialismus und Imperialismus. Im weitesten Sinne ist ein Großteil transnationaler Migration ein postkolonialer Fluss in die umgekehrte Richtung von Süd nach Nord, mit ausgelöst durch die europäische Herrschaft über viele Teile der Welt. Pointiert formuliert würde auf Migration zutreffen: «Das Imperium schlägt zurück.»<sup>77</sup> Vorstellungen über kulturelle Verschiedenheit wie «Rasse» oder Ethnizität wurden entscheidend durch imperiale Expansion und damit einhergehende Ideologien wie die des Rassismus geprägt und werden auch heute noch in vielfältiger Weise auf Migrant:innen angewandt.

Die nun allgegenwärtigen Debatten um Anerkennung und kollektive Identitäten sind durch eine Verschränkung von Klasse, Ethnizität, Staatsbürgerschaft und anderen Differenzen wie Geschlecht oder Religion geprägt. Dabei rücken auch die Verflechtungen von Klasse und kultureller Verschiedenheit in den Blickpunkt.<sup>78</sup> In europäischen Immigrationsländern weisen die weit verbreiteten Diskussionen um traditionalistische Migrant:innen, die nicht fit für die liberale Demokratie seien, auf die Intersektion von Klasse und Religion hin. Diese Diskussion bezieht sich häufiger auf die Nachkommen von ehemaligen Arbeitsmigrant:innen und weniger auf statushöhere Hochqualifizierte. Auch in Auswanderungskontexten spielen kulturelle und Statusfragen eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen Staaten und Diaspora; in diesen Fällen entlang des Differenzkriteriums Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit. Appelle der Regierungen mancher Emigrationsländer wie Marokko oder Ghana an ihre Bürger:innen im Ausland sollen ein Band zwischen Diaspora und Herkunftsstaaten schaffen.<sup>79</sup>

### **Von sozialen Ungleichheiten zur transnationalisierten sozialen Frage**

Die bisher genannten Themenstränge, nämlich Migration, Verschiedenheit und soziale Ungleichheiten, spitzen sich in der transnationalisierten sozialen Frage zu: Welche sozialen Ungleichheiten werden zum Thema politischer Konflikte? Wie wird die soziale Frage konstituiert?<sup>80</sup> Die soziale Frage verbindet Probleme der Verteilungsungleichheiten, z. B. hinsichtlich Einkommen, Vermögen und dem Zugang zu sozialen Rechten, mit solchen der Zugehörigkeitsungleichheiten, z. B. dem Zugang zu Staatsangehörigkeit, dem Zugriff auf individuelle Rechte, die Erfüllung von damit einhergehenden Pflichten und schließlich soziale und kulturelle Anerkennung.

#### *Merkmale der gegenwärtigen sozialen Frage*

Die soziale Frage hat drei zentrale Kennzeichen. Das erste betrifft soziale Ungleichheiten, die von mobilisierten Akteur:innen als ungerecht wahrgenommen werden. Die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit kann sich auf Verhältnisse wie das zwischen Arbeit und Kapital im 19. Jahrhundert und heute auch auf die Relation zwischen globalem Süden und globalem Norden bzw. kulturellen Mehrheiten und Minderheiten beziehen. Mehrheitsgruppen konstituieren sich, indem sie erfolgreich soziale Schließung gegen Konkurrent:innen durchsetzen. Daher sind Mehrheitsgruppen in der Regel Dominanzgruppen. Das zweite Kennzeichen berührt politische Konflikte um Ungleichheiten, z. B. Gewerkschaften und sozialistische Parteien gegen Verbände des Kapitals, Alter-Globalisten gegen Marktliberale, Repräsentant:innen von Mehrheitsgruppen gegen Minderheitsgruppen, die Vorstellungen einer nationalen kulturellen Homogenität gegen kulturellen Pluralismus in Anschlag bringen, oder umgekehrt Minoritäten, die eine wahrgenommene Ausgrenzung aus zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens thematisieren. Ein drittes Merkmal wird in institutionalisierten Versuchen sichtbar, die politisch umstrittenen und öffentlich thematisierten Ungleichheiten zu adressieren. Im 19. und 20. Jahrhundert waren das in vielen europäi-

schen Staaten soziale Rechte und die Regulierung sozialer Risiken in national verfassten Wohlfahrtsstaaten. Heutzutage wird diese Antwort ergänzt um global formulierte Sozialstandards und zumeist nationalstaatlich garantierte kulturelle Rechte von Minderheiten. Zu den ungleichheitsrelevanten Regulierungen zählen ebenfalls Migrationskontrollen, um unerwünschte Migrant:innen auszuschließen, die bspw. als Sicherheitsrisiko gelten, oder wirtschaftlich nicht nachgefragte und kulturell von Mehrheitsgruppen als rückständig eingestufte Gruppen, die als nicht integrationswillig oder -fähig gelten.<sup>81</sup> Begriffe wie «Grenzschutz» suggerieren sogar, dass man sich vor ihnen wie vor feindlichen Truppen schützen müsse.

Wie schon die soziale Frage des 19. Jahrhunderts verweist die heutige transnationalisierte Frage auf Ungleichheiten, die im Extremfall Teilhabe und Anerkennung vollständig verhindern. Fast schon idealtypische Fälle sind damals wie heute Menschenhandel, Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und Zwangsehen. Weltweit leben gegenwärtig über 40 Mio. Menschen in Verhältnissen «moderner Sklaverei», in denen im Unterschied zur Sklaverei des 18. und 19. Jahrhunderts die Sklavenhalter:innen nicht einmal mehr ein Interesse am Erhalt der physischen Arbeitskraft haben müssen, da der Nachschub an Arbeitskräften in der Regel leicht zu beschaffen ist.<sup>82</sup> Allgemein erzeugen soziale Ungleichheiten beträchtliche Unterschiede im Zugang zu lebenswichtigen Gütern in den Bereichen Bildung, Arbeit oder Wohnen. Durch vollständige Exklusion wird den Akteur:innen jeglicher Zugang zu solchen Gütern verwehrt, wie im Fall der Vertreibung und Enteignung von Kleinbauern durch Landraub im ländlichen Afrika, aber auch in Lateinamerika und in Teilen Europas.<sup>83</sup>

Historisch gesehen waren der nationale Wohlfahrtsstaat bzw. der Entwicklungsstaat zentrale Antworten auf die soziale Frage und die damit verbundene Kontrolle von interner und grenzübergreifender Mobilität. Heute stellt sich angesichts der Verschiebungen in der sozialen Struktur von Ungleichheiten die Frage, welche Entwicklungen im Bereich Exit und soziale Sicherung über Nationalstaaten hinaus existieren: auf globaler, europäischer und lokaler Ebene. Insofern ist es von Bedeutung, wie soziale Sicherung für Migrant:innen und ihre Angehörigen

auf globaler und supranationaler Ebene reguliert ist. Aber auch Ebenen unterhalb des Nationalstaats sind zu berücksichtigen; insbesondere spielt soziale Sicherung in Kleingruppen und hier vor allem Familien in grenzübergreifender Perspektive eine wichtige Rolle.<sup>84</sup>

Der Begriff soziale Frage ist nicht einfach ein anderer Ausdruck für soziale Ungleichheiten. Das Konzept soziale Frage verweist weitergehend auf die Wahrnehmung und die politische Mobilisierung hinsichtlich sozialer Ungleichheiten in Politik, Wirtschaft und Kultur. Dabei bildet die Spannung zwischen Gleichheiten und Ungleichheiten den grundlegenden Mechanismus der mit der transnationalisierten sozialen Frage befassten Politik: «*In the history of equality we find a constant tension between achieved focus of equality and resistance to the egalitarian idea.*»<sup>85</sup>

Dieser Zusammenhang verweist auf Normen der Gleichheit, deren unzureichende Umsetzung von etlichen Beteiligten als unfair bzw. ungerecht eingestuft wird. Ein wichtiges Merkmal der sozialen Frage ist, dass die Normen der Gleichheit den beteiligten Parteien als Orientierung in politischen Konflikten dienen. Beispielsweise organisierten sich die Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert nicht nur um die Frage der individuellen Armut herum, sondern vor allem unter der Prämisse der gleichen Teilhabe. Ähnliches gilt heute bezüglich Ungleichheiten auf globaler Ebene und innerhalb der transnationalen Sozialräume. Die Meta-Norm-Gleichheit in demokratischen politischen Systemen<sup>86</sup> treibt die Aufdeckung und Skandalisierung von Ungleichheiten voran. Die Normen von Gleichheit stehen teilweise in direktem Widerspruch zu den verbreiteten Formen der Naturalisierung und damit der Rechtfertigung von Ungleichheiten. Darauf verweist bspw. das Menschenrecht auf Emigration, das nicht nur durch rechtliche Einreisebeschränkungen in Immigrationsländern, sondern auch durch die Kategorisierung von manchen Geflüchteten als «Scheinasylant:innen» oder «Wirtschaftsflüchtlinge» konterkariert wird.

Die gegenwärtige soziale Frage thematisiert noch viel stärker als im 19. und weiten Teilen des 20. Jahrhunderts ein Phänomen, das neben der Ungleichverteilung von ökonomischen Ressourcen auch kulturelle Anerkennung betrifft. Heute finden wir rund um Migration eine Mobi-

lisierung und damit Politisierung um vielfältige Aspekte sozialer (Un-) Gleichheiten: Gleichheit der Lebensbedingungen als Treiber von Migration auf Seiten der Herkunftsländer und Gleichheit der Lebensverhältnisse als Begründung für die Abwehr von nicht willkommener Konkurrenz durch Migrant:innen auf Arbeits- und Wohnungsmärkten in den Zielländern. Die kulturelle Dimension spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, z.B. die (Nicht-)Anerkennung von Lebensweisen, Gruppenzugehörigkeiten und Religionen, die Migrant:innen mitbringen oder in Prozessen der Adaptation in einer neuen sozialen Umgebung entwickeln. Und nicht zuletzt geht es um Staatsbürgerschaft, welche politische Teilhabe durch gleiche politische Rechte garantiert, aber Nicht-Staatsbürger:innen kategorisch von vielen Rechten und Pflichten ausschließt.<sup>87</sup>

Auf Seiten der restriktiven Strömungen in den Immigrationsländern werden ebenfalls Normen der Gleichheit in Anschlag gebracht, indem z.B. auf die Bedrohung der herkömmlichen Lebensweise durch Migration aufmerksam gemacht wird. Dabei geht es um die Gleichheit unter den anwesenden Bürger:innen im Nationalstaat und eben gerade nicht um Gleichheit im globalen Maßstab. Insgesamt gesehen ist Migration eine jener Sphären, die Konflikte um Normen der Gleichheit und die fortwährende Aufdeckung von Ungleichheiten wie in einem Brennglas erscheinen lassen. Die verfügbaren Forschungsergebnisse für Europa in den letzten sechs Jahrzehnten deuten darauf hin, dass bei politischen Konflikten um Migration die Bedrohung kultureller Identifikationen auf Seiten von Gruppen in Immigrationsländern zumindest genauso wichtig wie die Wahrnehmung ökonomischer Konkurrenz war.<sup>88</sup>

Kategorisierungen der Verschiedenheit haben sich also verschoben, d.h. es hat sich ein «Begriffsbeben»<sup>89</sup> in Wissenschaft und Praxis vollzogen: Noch in den 1950er- und 1960er-Jahren diente Klasse als Merkmal, das darauf abzielte, Migrant:innen in den Zielländern als Angehörige der Arbeiterbewegungen zu mobilisieren.<sup>90</sup> Heute ist in Europa eher die Rede von Migrant:innen als kulturellen Akteur:innen, so etwa als Mitglieder von religiösen Gemeinschaften wie islamischen Moscheegemeinden.<sup>91</sup> Beobachtbar ist also teilweise ein Wandel des Diskurses

von der sozio-ökonomischen Kategorie Klasse hin zu sozio-kulturellem Status, der mit Merkmalen wie Ethnizität und Religion verknüpft wird.<sup>92</sup> Die tatsächlich zu beobachtenden Veränderungen der Bedeutung von Verschiedenheiten wie Klasse im Unterschied zu kulturellen Merkmalen und sozialem Status gilt es im Verlauf der Analyse aufzuzeigen.

### *Die kulturelle Dimension der sozialen Frage*

Obwohl grenzüberschreitende Migration in ihren gegenwärtigen Erscheinungsformen nicht ursächlich für soziale Transformation ist, so finden wir doch Anzeichen dafür, dass Exit und dessen Folgen Teil von Prozessen eines tiefgreifenden sozialen Wandels sind.<sup>93</sup> Die wirtschaftliche Globalisierung hat z.B. die Nachfrage nach Fachkräften in expandierenden Sektoren wie Informationstechnologie (IT) gesteigert. Und ausländische Direktinvestitionen haben mit dazu beigetragen, dass Migration aus diesen Enklaven in attraktive Zielländer erfolgt.<sup>94</sup> Kulturell und rechtlich hat die Revolution der Menschenrechte (*rights revolution*), die seit den späten 1970er-Jahren an Fahrt aufnahm, mit dafür gesorgt, dass neben Klasse jetzt Kultur- bzw. Statusfragen in den Vordergrund öffentlicher Debatten getreten sind. Ein Element, das die transnationalisierte soziale Frage befördert, ist das Aufkommen einer «dritten Generation» an Rechten. Während die Abwehr- und Freiheitsrechte, also zivile und politische Rechte (erste Generation) und die wirtschaftlichen und sozialen Rechte als Teilhaberechte (zweite Generation) sich vorwiegend auf Individuen als Rechtsträger:innen bezogen, konzentriert sich diese dritte Generation auf Kollektivrechte bzw. Rechte von Individuen als Mitglieder von Gruppen, so etwa zur Förderung der Solidarität unter Menschen, Gruppen und innerhalb von Vergemeinschaftungen. Diese Rechte beinhalten bspw. ein Recht auf Ausübung spezifischer kultureller Praktiken wie etwa die Pflege der Sprachen von nationalen Minderheiten oder Migrant:innengruppen, Rechte auf Nutzung der Umwelt durch angestammte Bewirtschaftungsmethoden oder nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung.<sup>95</sup>

Insbesondere die Debatte um Multikulturalismus zeigt, dass sich das Universum an Rechten, Ansprüchen und Forderungen erweitert hat.<sup>96</sup>

Festgehalten werden kann zunächst einmal, dass die Thematisierung von individuellen und kollektiven Rechten eine Voraussetzung dafür ist, dass soziale Ungleichheiten als Ungerechtigkeiten und damit als transnationalisierte soziale Frage gefasst werden können. Ein Beispiel dafür sind Konflikte um Geschlechter(un)gleichheiten bei der Erbringung von Pflegedienstleistungen durch Migrant:innen. Gerade bei migrantischen Pfleger:innen in Privathaushalten gibt es nicht nur Ungleichgewichte zwischen Arbeitgeber:innen und Beschäftigten, die im Arbeitsverhältnis begründet liegen. Vielmehr spielt neben Merkmalen wie dem rechtlichen Status von Beschäftigten und Selbständigen im Hinblick auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis auch ihre Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Geschlechtern eine wesentliche Rolle für ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Während die Revolution der Menschenrechte seit den 1970er-Jahren die rechtliche Stellung und die Möglichkeiten von Migrant:innen tendenziell erweitert, ruft Immigration auch Vorstellungen nationaler Homogenität auf den Plan. Verfechter national-kultureller Gleichartigkeit behaupten, dass auch Gleichheit im Nationalstaat durch Migration gefährdet sei.<sup>97</sup> Migration wirkt dabei als Irritation für Gruppen in den Immigrationsländern, die sich aufgrund national bzw. ethnisch homogen gedachter Staatsbürgerschaft von bestimmten Migrant:innen abgrenzen; vor allem von solchen, deren kulturelle Praktiken sie als unvereinbar mit dem nationalen Ideal einer einheitlichen bzw. der eigenen Kultur ansehen.<sup>98</sup>

Die wachsende Bedeutung sozio-kultureller Aspekte im Verlaufe von Migrationsprozessen geht über die Immigrationsseite hinaus und trifft auch auf die Emigrationsseite zu. Migrant:innen organisieren sich häufig in herkunftsortbezogenen Vereinen. Und aus nachvollziehbaren Gründen schließen sich politisch Verfolgte nach erfolgtem Exit manchmal zu Interessenorganisationen zusammen, die Ansprüche als Diaspora erheben,<sup>99</sup> also als Verfolgte und Geflüchtete, die entweder Reformen im Herkunftsland anstreben oder gar einen ganz neuen Nationalstaat für die betroffene Minderheit fordern. Beispiele dafür sind Organisationen von Kurd:innen und Sikhs in verschiedenen europäischen Ländern. Regierungen der Herkunftsländer wiederum versu-

chen, ihre Diaspora an sich zu binden und zu kontrollieren, indem sie bspw. doppelte Staatsbürgerschaft tolerieren oder gar fördern.

### **Ziel und Aufbau des Buchs**

Diese Untersuchung stellt grenzüberschreitende Migration in einen breiteren Zusammenhang der Sozialstruktur und der Politik sozialer Ungleichheiten: Die transnationalisierte soziale Frage kann als ein zentraler Konflikt unserer Zeit gelten, der sich auf ganz verschiedenen Ebenen abspielt: von einem sich herausbildenden globalen Horizont einer Weltgesellschaft über Nationalstaaten und transnationale soziale Räume bis hin zu Familien. Im Hinblick auf Erklärungen dieser Entwicklungen geht es weder um eine Wiederbelebung der Klassenanalyse noch um Argumente für eine primär kulturelle Perspektive der Anerkennung von Minderheiten, die in Ansätzen des Postkolonialismus<sup>100</sup> sehr prominent vertreten ist. Vielmehr bietet dieses Buch eine umfassendere Perspektive, die Exit und dessen Konsequenzen für verschiedene Gruppen in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht berücksichtigt und mit zum Ausgangspunkt der Erzeugung und des Erhalts von Ungleichheiten macht. Ziel dieses Buches ist es, über eine normative Bewertung hinaus zu einer analytischen Durchdringung der Folgen von Exit im Kontext der transnationalisierten sozialen Frage beizutragen. Dies schließt auch eine Berücksichtigung von Widerspruch ein.

Die Kernfrage für das Verständnis von Migration lautet: Wie wird grenzüberschreitende Migration und damit der Nexus von Exit und Voice als eine transnationalisierte soziale Frage unserer Zeit konstituiert? Dies führt zu mehreren Teilfragen: Welche Arten sozialer Ungleichheiten treiben Migrationsprozesse an und welche Wirkungen erzeugt Migration auf Ungleichheiten (Kapitel 2)? Hat sich vom 19. zum 21. Jahrhundert im globalen Norden die Reaktion von Menschen und Gruppen auf soziale Ungleichheiten und Beschränkungen von Freiheit gewandelt, etwa von politischem Widerspruch hin zu territorialer Auswanderung und damit einhergehend von Klasse zu Status und kulturellen Merkmalen (Kapitel 3)? Wie verhält es sich spiegelbildlich im

globalen Süden (Kapitel 4)? Wie ist die klassische Antwort auf die soziale Frage, nämlich soziale Sicherung, weltweit und in Europa organisiert (Kapitel 5)? Wie äußern sich politische Konflikte um Klasse und Kultur in den Herkunfts- und Zielstaaten (Kapitel 6 und 7)? Wie kann die soziale Frage um eine ökologische Komponente erweitert werden, damit der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Migration verständlich wird (Kapitel 8)? Welche Rolle spielt dabei die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung in der Öffentlichkeit? Und was vermag sie zur Gestaltung einer Politik beizutragen, die Mobilität über Grenzen hinweg als Ressource begreift (Kapitel 9)? Nicht zuletzt will dieses Buch mithilfe der im letzten Kapitel aufgestellten Thesen das Nachdenken darüber anregen, wie eine faire Ordnung von Migration aussehen könnte, die nicht primär die Immigrationsländer und Teile ihrer Bevölkerung bevorteilt.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)